



Frank Deppe
1968: Zeiten des Übergangs



Frank Deppe war 1965-67 Mitglied des Bundesvorstands des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), 1968 promovierte er bei Wolfgang Abendroth, später war er Professor für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. Von ihm erschien zuletzt im VSA: Verlag »1917 | 2017. Revolution und Gegenrevolution« sowie in einer Neuausgabe das Standardwerk in 4 Bänden »Politisches Denken im 20. Jahrhundert«.

Frank Deppe **1968: Zeiten des Übergangs**

**Das Ende des »Golden Age«,
Revolten & Reformbewegungen,
Klassenkämpfe & Eurokommunismus**





3.2 Die rechte Revanche für '68

Jörg Meuthen, einer der Sprecher der Alternative für Deutschland (AfD), forderte im April 2017 unter dem Jubel des Parteitags, mit dem »moralisch verkommenen links-rot-grün versiffen 68er Deutschland« Schluss zu machen. Später erläuterte er

im Interview (und ruderte dabei partiell zurück): »Die Befreiung von nationalsozialistischem Gedankengut ist ein Verdienst der '68er. Aber über die Jahrzehnte sind auch konservative Werte verloren gegangen. Das Land ist tief sozialdemokratisiert und frei von Patriotismus, den ich streng abtrenne vom Nationalismus: Wir erleben vollkommene Beliebigkeit.« Meuthen fasst hier die wichtigsten Argumente zusammen, die den konservativen Kulturkrieg gegen '68 von Anfang geleitet haben. Die Losung dieses nicht enden wollenden Krieges lautet bis heute: »Revanche für '68«. ¹¹ Alexander Dobrindt (CSU) hat dem – nach den Verlusten seiner Partei bei den Bundestagswahlen 2017 an die AfD – die Forderung nach einer »konservativen Revolution« hinzugefügt, die mit dem Erbe von '68 brechen soll. Die Ideen der '68er zeitigten bis heute – als »geistige Verlängerung des Sozialismus« – Wirkung. Mit »linken Ideologien, sozialdemokratischem Ektatismus und grünem Verbotismus« müsse angesichts des »neuen Islamismus, der Europas Freiheitsidee und Selbstverständnis attackiert«, Schluss gemacht werden: »Auf die *linke Revolution der Eliten* folgt eine *konservative Revolution der Bürger*«. Dobrindt hatte wohlweislich unerwähnt gelassen, dass die CSU in Bayern seit 50 Jahren (und länger) unumschränkt herrscht und dabei kontinuierlich die Rolle der Speerspitze der konservativen »Gegenrevolution« gegen '68 – personifiziert durch Franz Josef Strauß – übernommen hatte. Schon Helmut Kohl (CDU) hatte – als er 1982 seine 16 Jahre andauernde Kanzlerschaft antrat – eine »geistig-moralische Wende« gegen '68 und die Folgen proklamiert (Deppe 1984: 85ff.).

Im Zentrum der »Kulturrevolution« von '68 stand die Revolte von Jugendlichen gegen die konservative Wertordnung und Lebensweise der älteren Generationen, die durch den Krieg und die Nachkriegsordnung – Wiederaufbau, »Wirtschaftswunder«

¹¹ Joseph Goebbels verkündete am 1. April 1933: »Damit wird das Jahr 1789 aus der Geschichte gestrichen.«

und Kalter Krieg – geprägt waren. In der Bundesrepublik kam die Verdrängung der deutschen Geschichte und der eigenen Biografie zwischen 1933 und der Katastrophe von 1945 hinzu. Der Konservatismus betont – gegen die Losung »Freiheit, Gleichheit, Solidarität« und vor allem gegen die sozialistischen Gleichheitsvorstellungen – die von der Natur oder von Gott gegebenen Ungleichheiten zwischen den Menschen. Er legitimiert die damit verbundenen gesellschaftlichen Hierarchien und die Notwendigkeit eines »starken Staats«, der sich auf die Armee, einen ergebenden Beamtenapparat und die Religion stützen kann.

Die Demokratie stieß bei den Konservativen in der neueren deutschen Geschichte stets auf Ablehnung. Gehorsam, Pflichtbewusstsein und Treue – zusammen: Vaterlandsliebe – sind Tugenden, die von den konservativen Eliten gepredigt werden und z.B. immer noch an den Häusern der Burschenschaften zu lesen sind. Sie dienen aber auch dazu, das »gemeine Volk« der Untertanen zu erziehen und zu disziplinieren – durch die Institutionen der Familie mit patriarchalischer Herrschaft, durch die Kirchen und die Religion, durch Bildung und Wissenschaft, aber auch in der Armee. Dabei verbindet sich mit der Anerkennung des selbstbehauptungsfähigen Staates und seiner Führer eine nationalistische Ideologie, die die Interessen des eigenen Volkes und der Nation – in Abgrenzung gegenüber anderen Völkern und Nationen – in den Mittelpunkt stellt.

In den Zeiten des Adenauer-Staates (1949-1965) wurden die christlichen Werte stärker betont als der Nationalismus, der durch den Faschismus und die Niederlage von 1945, aber auch aufgrund der Vorherrschaft der Alliierten (und der USA) diskreditiert war. Die erste Strophe des »Deutschlandliedes« (»Deutschland, Deutschland, über alles«, »von der Maas bis an die Memel« etc.) durfte nicht mehr öffentlich gesungen werden. Im Zentrum der konservativen (und neokonservativen) Ideologie steht freilich immer die Verteidigung des Eigentums (des Grundeigentums, des Eigentums der Mittelklassen wie des Kapitaleigentums) so-

wie der damit verbundenen (gesellschaftlichen und politischen) Macht und Anerkennung.

Die antiautoritäre Revolte forderte die Repräsentant*innen solcher Hierarchien und Werte heraus. Die Ordinarien in den Universitäten z.B. mussten sich öffentlichen Debatten stellen und Entscheidungsgremien akzeptieren. Gegen recht bescheidene Reformen mobilisierten die konservativen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bildungsinstitutionen massiven Widerstand, der schon im Verlauf des nachfolgenden Jahrzehnts die Rücknahme von wesentlichen Bestandteilen eines progressiven Reformprogramms – unterstützt durch das Bundesverfassungsgericht – erreichte. In den CDU-regierten Bundesländern bzw. im CSU-Staat Bayern wurden demokratische Reformen (z.B. die Mitbestimmungsrechte der Studierenden) in den Institutionen systematisch abgeblockt. Kritische Sozialwissenschaftler*innen – z.B. die der »Frankfurter Schule« – wurden als Urheber bzw. Helfershelfer des Terrorismus der RAF diffamiert, Intellektuelle und Schriftsteller wie Heinrich Böll als »Schreibtischtäter« gebrandmarkt. Jürgen Habermas, der 1971 an das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt nach Starnberg gewechselt war, wurde 1973 eine Honorarprofessur an der Münchener Universität verweigert. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft«, CDU/CSU und die konservativen Medien organisierten während der gesamten 1970er Jahre Kampagnen gegen die »Machtergreifung der Roten« an den Universitäten, in den Rundfunkhäusern, gegen einzelne Professoren und Schriftsteller, die der Unterstützung des Terrorismus bzw. der »kommunistischen Unterwanderung« verdächtigt wurden. Mit Blick auf die Schulen wurden Kampagnen gegen »Rahmenrichtlinien« für den Sozialkunde- und Geschichtsunterricht organisiert, durch die das Beschweigen der neueren deutschen Geschichte überwunden werden sollte. Gleichzeitig wurden die Historiker durch die Öffnung zur Sozialgeschichte unter Einschluss der Kapitalismuskritik und der Geschichte der Arbei-

terbewegung herausgefordert. Schließlich setzte sich im Zuge der Entspannungspolitik zum Schrecken der Kalten Krieger eine nüchterne Betrachtung der DDR durch. In Hessen forderte die CDU 1976 im Landtag die Auflösung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg, weil dieser zu einer »kommunistischen Partei-Hochschule« entartet sei (BdWi 1977: 46). Viele der in solchen Kampagnen namentlich genannten (oder vom Verfassungsschutz identifizierten) »Feinde« der Konservativen hatten berufliche Nachteile bzw. Berufsverbot in Kauf zu nehmen.

Der prominente Soziologe Helmut Schelsky veröffentlichte 1975 eine Programmschrift mit dem Titel »Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen«. Schon der Titel fasst das bis in die Gegenwart fortwirkende Urteil der politischen Rechten über die vermeintlichen Wirkungen von »1968« zusammen: Aufgrund eines »Klassenkampfes« in den Institutionen des »Überbaus« hätten Intellektuelle, deren Hauptmerkmal die »Nicht-Arbeit« ist, die Macht ergriffen und übten eine Meinungs-Diktatur aus. 1982 griff Schelsky in seinem letzten Buch »Die Funktionäre. Gefährden sie das Gemeinwohl?« die Gewerkschaften und ihre Funktionäre an. Diese missbräuchten ihre Macht, um die Wirtschaft und den Staat unter Druck zu setzen. Damit hatte er zwei zentrale Themen der Rechten – auch der Ideologie des Faschismus – aktualisiert, die den Konservatismus ideologisch und politisch seit der Französischen Revolution von 1789 begleiten und immer wieder erneuert werden: der Kampf gegen die Intellektuellen, die sich auf die Menschenrechte, die Vernunftphilosophie der Aufklärung und den Marxismus beziehen, sowie die Frontstellung gegen die kollektive Macht der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Kurz vor seinem Tod hatte Schelsky seine Schrift über Thomas Hobbes aus dem Jahr 1942 neu veröffentlicht. Darin bekannte er sich – seinerzeit engagierter Nationalsozialist – zu einem Wissenschaftsverständnis, auf das er sich – in letzter Instanz

– in seiner Kampfschrift über die linke Diktatur der Intellektuellen in den 1970er Jahren erneut bezog: »Jede Wissenschaft (muss) im Dienste des Staates stehen und sich als politische Wissenschaft verstehen (lernen), d.h. sie muss in jeder Form mithelfen, die Grundlagen der Staatlichkeit, Gemeinschaft, Ordnung, Zucht und Frieden zu schaffen und zu bewahren.« (zitiert nach Schäfer 2015: 9)

Das zweite große Schlachtfeld der konservativen Gegen-Revolution gegen '68 wurde durch die kulturevolutionären Themen der Zeit vorgegeben. »Emanzipation« wurde verstanden als Befreiung nicht nur von konservativen Werten und Konventionen, sondern ebenso von den Zwängen der Arbeits- und Leistungsgesellschaft, der sexuellen Unterdrückung und Diskriminierung, der subalternen Rolle der Frauen in der Familie und der Gesellschaft. Das »Private« wurde politisiert! Die Schriften von Wilhelm Reich stellten den Zusammenhang von Faschismus und Orgasmusunterdrückung heraus, und die »autoritäre Persönlichkeit« (Adorno u.a.) – die nach oben buckelt und nach unten tritt¹² – wurde als Prototyp jener Menschen identifiziert, die den Entfremdungs- und Unterdrückungszusammenhang der herrschenden Verhältnisse »von unten« stabilisieren.

Der amerikanische Soziologe Daniel Bell veröffentlichte 1976 eine Schrift über die »Kulturellen Widersprüche des Kapitalismus«. Darin attestierte er der neuen kulturevolutionären Jugendbewegung eine Tendenz zum Hedonismus, zu einer Gier nach Genuss und Selbstbefriedigung. Gleichzeitig nimmt die Leistungsbereitschaft im Arbeitsprozess, aber auch die Bereitschaft, dem »Vaterland« in der Armee zu dienen, ab. Diese Prozesse würden durch die wachsende Bedeutung der Konsum- und

¹² Der Beitrag von Erich Fromm zum Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung »Studien über Autorität und Familie« aus dem Jahr 1935 wurde von den '68ern neu entdeckt; ebenso – im gleichen Band – der Beitrag von Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung.

Unterhaltungsindustrien im »postindustriellen Kapitalismus« gefördert. Kürzere Arbeitszeiten, Verminderung schwerer körperlicher Arbeit, höhere Einkommen ermöglichten Freiräume des Vergnügens, die sich – nach der Wahrnehmung der Konservativen – meist »auf den Sex« konzentrieren. Der Staat Kalifornien, an dessen Universität in Berkeley die Studentenbewegung ihren Ausgangspunkt hatte, bringe den Hedonismus der Vereinigten Staaten besonders prägnant zum Ausdruck: »Die Bürger dieses Lotoslandes scheinen sich die ganze Zeit über an den Swimming-Pools zu rekeln, sich von der Sonne rösten zu lassen, durch die Sierra zu wandern, sich nackt an den Stränden herumzutreiben, jedes Jahr größer zu werden, das Geld von den Bäumen zu pflücken, nur ›oben ohne‹ zu tollen ... und wenn sie mal eine Pause machen, um Luft zu holen – nichts anderes zu tun, als sich vor der Kamera und der restlichen, neidischen Welt zu brüsten.« (Bell 1991: 89)

Bell – einst ein Liberaler – konvertierte nach '68 zum Konservativen, der Werte wie Patriotismus, Leistungsbereitschaft, Religion und Familie gegen den angeblichen Werteverfall verteidigte. Bell war allerdings klug genug, den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Hedonismus zu begreifen. Der Übergang zum postindustriellen Kapitalismus schafft neue Sphären der Kapitalverwertung (»Kultur- und Freizeitindustrien«), in denen die »protestantische Wertethik« und ihr Arbeitsethos, das Max Weber als Merkmal des Kapitalismus bezeichnet hatte, zunehmend zerstört wird.

Der vom Kapital selbst erzeugte und vorangetriebene Widerspruch zwischen Leistungs- und Genussprinzip wird so zum Zentrum einer Krise des Kapitalismus, der nun nicht mehr den Kommunismus, sondern eine selbstzerstörerische Erosion seiner eigenen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit fürchten muss. Ein »Kapitalismus ... ohne Moral und transzendente Ethik« unterminiert die Voraussetzungen seines Wachstums und damit – in letzter Instanz – seiner Existenz. »Einerseits möchten die Wirt-

schaftsunternehmen, dass der Mensch hart arbeitet, eine Karriere anstrebt, Aufschub von Befriedigungen hinnimmt – dass er, im kruden Sinne, ein Organisationsmensch ist. Im Gegensatz dazu propagieren sie in der Werbung und mit den Produkten Lust und Vergnügen, sofortigen Spaß, Erholung und Sichgehenlassen. Man hat am Tage ›korrekt‹ und am Abend ein ›Herumtreiber‹ zu sein.« (ebd.: 90)

Diese Angst vor dem »Niedergang des Westens« (oder dem »Untergang des Abendlandes«) wurde schon in den 1970er Jahren mit dem Blick auf Ostasien – zunächst auf Japan und die »Tigerstaaten«, dann aber auf den Aufstieg der Volksrepublik China – geschürt. Dort wirkten Konfuzianismus und kommunistische Disziplin scheinbar sehr erfolgreich zusammen. Die Krisendiagnose von Bell war freilich übertrieben und ungenau; denn gerade im Verlauf der 1970er Jahre vollzog sich jener Übergang zur neuen Formation des globalen Finanzmarktkapitalismus und zum Siegeszug des Neoliberalismus. Dieser integrierte nicht nur Elemente des radikalen Liberalismus und Antietatismus der '68er, sondern hatte auch jene Sphären der »Befreiung« durchkapitalisiert, die die Anhänger von Wilhelm Reich noch als Zentren der Revolution und individuellen Emanzipation missverstanden hatten. Jetzt durften sich die jungen Manager und Investmentbanker auf der Loveparade austoben, sich – wenn sie wollen – als schwul und queer bekennen. Die neuen Formen der Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen – sowohl als Objekte männlicher Lust als auch als Ausgebeutete in Haushalten und Pflegeberufen – werden dabei verdrängt.

Für die Anhänger von Meuthen und Dobrindt sind die Analysen von Daniel Bell oder Reflexionen über den Zusammenhang von Kapitalismus und Hedonismus zu kompliziert. Sie fühlen sich eher bei den fundamentalchristlichen, evangelikalen Sekten und Predigern aufgehoben, die die »sexuelle Befreiung«, die Pille, den Feminismus, die Kritik des Abtreibungsverbots, Drogenkonsum etc. als Werke des Satans verteufeln und die bevorstehende Strafe

Gottes für das Anschwellen der Sünden beschwören. Diese Sekten bilden (vor allem in den USA) eine der wichtigen ideologischen Strömungen in der Welle des »Konservatismus« und des »Rechtspopulismus«, die derzeit durch die Länder der westlichen Welt rollt. Die Prediger dieser Sekten werden immer wieder die '68er als die Urheber dieser Sünden anklagen und das Jahr 1968 als eine Schwelle für den Niedergang der christlich-abendländischen Kultur markieren, die jetzt – extrem geschwächt – in den Entscheidungskampf mit dem Islam eingetreten ist.

Im politischen Raum definiert sich die *AfD* als »Anti-68er-Partei«. In einer kostenlos verbreiteten Werbezeitung für die *AfD* (Deutschland-Kurier, 31.1.2018) wurden unter dem Titel »Fünfundsechzig Jahre ›Achtundsechziger‹ sind genug!« die Angriffe und Invektiven der konservativen Gegenrevolution gegen die »Achtundsechziger« zusammengefasst und zugespitzt: »marxistische Revolutionäre«, Gegner des »Kapitalismus« und der USA, ständig die »Nazikeule schwingend«, vom Hass auf Deutschland getragen, kämpfen sie für »Multikulti«, offene Grenzen und den »Bevölkerungsaustausch«. Sie verharmlosen die RAF und den »Terror der Linksextremen« (z.B. den »Mordbuben Ché Guevara«). Dazu kommen »Pädophile«, die »Kindersex als Befreiung« propagieren und in »Nackt-Kommunen« Gruppensex betreiben. Der Horror lässt sich jedoch noch steigern; denn: »In Schulen, Universitäten und Medienredaktionen, in Parteien, Ämtern und Gerichten, in den Kirchen und im inflationär aufgeblähten Kulturbetrieb sitzen Achtundsechziger und ihre linken Adepten an den Schalthebeln.« Indem sie Lehren von Herbert Marcuse und Antonio Gramsci umsetzten, hätten sie in der »Zivilgesellschaft« die »kulturelle Hegemonie« errungen,¹³ an deren Spitze seit vielen Jahren Angela Merkel mit einer »sozialdemokratisierten« Christdemokratie stünde.

¹³ Hier wollte der Autor aus der Kulturredaktion der »Jungen Freiheit« doch mal zeigen, dass er auch über ein gewisses Bildungsniveau verfügt. Der nachfolgende Schwachsinn – reiner Hass-Journalismus im Stile des »Stürmer« von Julius Streicher – dementiert jedoch schnell solche Vermutungen.

Zusammen mit der SPD wolle sie Deutschland »abschaffen« – ein Kapitalverbrechen, für das die Pegida-Demonstranten schon einmal einen Galgen als Belohnung hochhalten! Doch damit nicht genug: Diese Bande betreibe nicht nur einen »Bevölkerungsaustausch«, sie sei außerdem dabei, Deutschland als erfolgreichen Industriestaat abzuschaffen durch Zerstörung der Leistungsanforderungen in den Bildungsinstitutionen im Geiste ihrer »Gleichheitsideologie«. Das Ergebnis ist überwältigend: »Technik und Industrie sind ›Kapitalismus‹-verdächtig und werden schikaniert und verdrängt. Die Atomindustrie ist zerschlagen, die chemische und Schwerindustrie wandern ab. Energiewirtschaft und Rüstungsindustrie pfeifen auf dem letzten Loch, als Nächstes ist die Automobilindustrie dran. Fragt sich nur, wer denn die Steuergelder erwirtschaften soll, von denen all die Sozialpädagogen und Antifa-Aktivisten leben wollen.«

Vielleicht sieht die Bundesrepublik so aus der Perspektive eines alkoholisierten schlagenden Burschenschaftlers aus – die Bosse der deutschen Wirtschaft und der Banken werden sich eher abwenden! Doch bevor halbwegs gebildete Menschen über solchen Schwachsinn lachen, sollten sie darüber nachdenken, an wen sich dieser Kampf und diese Sprache »gegen '68« eigentlich richten. Die rechten Populisten mobilisieren gegen das »Establishment«, gegen das »System«. Sie sprechen damit diejenigen an, die sich von den Herrschenden, vom Establishment und den Parteien des »Systems« nicht repräsentiert fühlen – und die sich zudem durch die sozialen Spaltungen in der Gesellschaft, durch sozialen Abstieg und Armut (z.B. im Alter) sowie durch die Angst vor Krisen und Kriegen bedroht fühlen. Dazu kommt die Erfahrung der Nicht-Anerkennung – im Arbeitsprozess ebenso wie in der Bewertung von Biografien (z.B. in der DDR). Und schließlich verdichten sich in den Parolen der Pegida-Demonstrationen auch jene Bildungsdefizite, die einerseits durch den neoliberalen Umbau des Bildungssystems sowie durch den regelmäßigen Konsum des privaten Fernsehens (das die Konservativen durchgesetzt ha-

ben) erzeugt und perpetuiert werden. Die Flüchtlingsbewegung des Jahres 2015 hat gerade bei diesen Gruppen aus der Unterschicht jene Ängste verstärkt und ihre Aversion gegen »die da oben« angefeuert, die für die Öffnung der Grenzen verantwortlich sind und die – so glauben sie – den Migranten Zuwendungen zuteil werden lassen, für die sie selbst hart arbeiten mussten oder die ihnen nach wie vor angeblich verweigert werden.

Die amerikanische Soziologin Arlie R. Hochschild ist der Frage nachgegangen, was die Wähler*innen von Donald Trump in Alabama (einer Hochburg der Rechten und Rassisten) motiviert. In der Regel sind es rechtschaffene, gläubige Menschen, die davon überzeugt sind, dass sie ein gottgefälliges arbeitsreiches Leben führen. Hochschilds »deep story« zufolge bewegt sich ihr Leben auf einem langen Weg, der zu einem Hügel führt. Dort haben sie sich in eine lange Schlange eingereiht. Über dem Hügel befindet sich als Ziel der »Amerikanische Traum«. Doch seit einiger Zeit erfahren sie, dass die Warteschlange sich nicht mehr im gleichen Tempo zum Traumphügel hinbewegt, auch deshalb, weil andere Gruppen, die die Regeln ihres Lebens nicht befolgen, sich in der Schlange weiter vorne einreihen: Frauen, Schwarze, Immigranten, Flüchtlinge, Arbeiter im öffentlichen Dienst. Verantwortlich dafür sei die Regierung in Washington, die deshalb im Zentrum ihres Feindbildes steht. Dazu kommt, dass sie im Süden bzw. im ländlichen Raum über die Medien ständig mit einer Kultur konfrontiert werden, die sie in der Regel als dumm, hinterwäldlerisch, reaktionär und rassistisch abwerten würde. Diese Milieus haben sich vor allem nach der Großen Rezession von 2008 ausgeweitet. »Inzwischen ist die Traum-Maschine über dem Hügel für die unteren 90% der Amerikaner gestoppt worden – aufgrund der Automation, der Produktionsverlagerung ins Ausland und der wachsenden Macht der transnationalen Konzerne gegenüber ihren Arbeitern. Zur gleichen Zeit hat für diese 90% der Wettbewerb zwischen weißen Männern und den anderen zugenommen – um Jobs, um Anerkennung und um Regierungsgelder.« (Hochschild 2016: 139-141).

Die AfD-Hetze gegen die '68er leidet an einem grotesken Widerspruch. Leitmotiv dieser Kampagne ist der Kampf gegen die Linke, gegen Kommunismus, Sozialismus, Sozialdemokratie; Grüne und liberale Kosmopoliten seien letztlich nur die Helfershelfer bzw. die »nützlichen Idioten« des Sozialismus. Hier reiht sich die AfD in eine »sehr deutsche« Tradition der politischen Rechten ein, die im Deutschen Reich mit Bismarcks »Gesetzen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« (1878) eröffnet wurde, sich über die antibolschewistischen Freikorpsbanden am Ende des Ersten Weltkriegs und die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fortsetzte, im Faschismus – in den KZs und Gestapokellern – ihren grauenhaften Höhepunkt erreichte, sich dann aber mit dem KPD-Verbot 1956 und den Berufsverboten von 1972 im Kalten Krieg fortsetzte. Die Bedeutung von 1968 bestand ja gerade darin, dass diese für die neuere deutsche Geschichte maßgebende Frontstellung des Konservatismus und der politischen Rechten gegen Demokratie und Sozialismus bewusst gemacht wurde und dass punktuell im Zuge der Reformpolitik der 1970er Jahre Kräfteverhältnisse entstanden, die z.B. die Berufung von Marxist*innen als Hochschullehrer*innen möglich machten.

Die Frontstellung gegen Sozialismus und Kommunismus – aber auch gegen den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat – schließt stets die Verteidigung des Privateigentums, des Kapitalismus sowie der »Marktwirtschaft« ein. Bei der Gründung der AfD stand diese marktwirtschaftliche Orientierung – durch die Kritik an der EU und am Euro nationalistisch aufgeladen – noch im Vordergrund. Inzwischen hat sich die AfD gegen das Establishment positioniert, also gegen den »herrschenden Block« des führenden kapitalistischen Staates in Europa. Das »Modell Deutschland« wird in der Welt aus der Sicht seiner Träger – als eine gelungene Synthese zwischen Marktwirtschaft und politischer Regulation sowie der sozialpartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Bereich der Wirtschaft – anerkannt. Die Deut-

schen sind »Exportweltmeister«, sie gelten als innovativ (nicht nur im Bereich des Maschinenbaus und der Chemie) und flexibel im Umgang mit den Herausforderungen der Zeit (Ökologieproblematik, Energiewirtschaft, Mobilitätsfragen, Umgang mit Diskriminierung etc.).

Starke Gewerkschaften haben die Unternehmer und die Politik (z.B. von Helmut Kohl) immer wieder gezwungen, am Modell der sozialpartnerschaftlichen Kooperation von Kapital und Arbeit festzuhalten. Kurzum: Der deutsche Kapitalismus ist – im internationalen Vergleich – deshalb über die Jahrzehnte so erfolgreich, weil er sich als reform- und innovationsfähig erwiesen hat, nicht zuletzt dadurch, dass der »neue Geist des Kapitalismus« seit den 1970er Jahren immer wieder durch die »Ideen von '68« aufgefrischt wurde.

Die AfD attackiert einen »Pappkameraden« bzw. einen imaginären Gegner, wenn sie unterstellt, dass die '68er innerhalb des »herrschenden Blocks« die Hegemonie errungen hätten und deshalb dabei seien, den deutschen Kapitalismus zu zerstören. Umgekehrt gilt: Teile der '68er sind im Ergebnis des »langen Marsches« in den herrschenden Block und die herrschende Klasse integriert worden bzw. haben sich erfolgreich integriert. Dabei war dieser Prozess für die Modernisierung des deutschen Kapitalismus (und Imperialismus) funktional.

Teile der ökonomischen und politischen Eliten, die traditionell in konservativen Milieus und Denkstrukturen verhaftet waren, haben sich in diesem Prozess selbst modernisiert und flexibilisiert, teilweise für »moderne Ideen«, die einst nur von den '68ern vertreten wurden, geöffnet. Der Journalist David Brooks veröffentlichte 2001 ein Buch mit dem Titel »Bobos in Paradise«. Es handelt von einer »neuen Elite«, von »Konservativen in Jeans«, die Elemente aus der Kultur der '68er in ihren Lebensstil übernommen haben. Dazu gehören dann (zumindest im Film) auch junge Wall Street Banker, die ihre Erfolge am Finanzmarkt öffentlich mit viel Alkohol und sexuellen Orgien feiern. Die »Bobos« sind

die Bourgeois, die das Leben der Bohemiens, der Künstler, genießen möchten, hedonistische Profitgeier.

Die AfD ist in einer politischen Konstellation nach 2008 entstanden, in der der Finanzmarktkapitalismus sich auf einen Abgrund zubewegt hatte. Die große Krise von 2008 markiert einen Wendepunkt im Zyklus der neoliberalen Hegemonie (Deppe 2017b). Die allseits konstatierte Krise der Demokratie (»Postdemokratie«) zeigt sich nicht allein im Niedergang der alten großen Volksparteien, sondern auch darin, dass stabile Regierungsmehrheiten im Ergebnis von Wahlen immer seltener zustande kommen. Das durch die »Künstlerkritik« liberalisierte »Modell Deutschland« gerät nicht zuletzt aufgrund der Krise der repräsentativen Demokratie, aber auch der Welle des Nationalismus und Protektionismus in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft unter Druck. Reflexive Globalisierung, d.h. die krisenhaften Rückwirkungen der Globalisierung auf die Kapitalmetropolen selbst (z.B. die Flüchtlingskrise, die Kriege, die Klimakrise etc.) und die ungleiche politische und soziale Entwicklung bestimmen die »multiple Krise« (Deppe 2018).

Die Angst vor dem Abstieg bedrängt Angehörige der Mittelklassen sowie die – noch gut gesicherten – Arbeiter der Automobil- und Elektroindustrie. Die Rechtspopulisten kritisieren die Globalisierung, die EU oder das »Finanzkapital«, sind aber zugleich Anhänger eines nationalen Kapitalismus und einer eher an der FDP orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie werden getragen von einer Koalition von Kleinbürgertum, akademischer Mittelklasse (in den »freien Berufen«: Ärzt*innen, Anwält*innen, Architekt*innen etc.) und stärker binnenmarktorientierten Kapitalfraktionen, die den Kampf gegen die Flüchtlinge und den Islam dazu nutzen wollen, Massentrückhalt bei Teilen der Arbeiterklasse zu gewinnen. Adressat ist dabei weniger das Prekariat als die Oberschicht der Facharbeiter, die um ihren relativen Wohlstand fürchten. Leistungen des Wohlfahrtsstaats sollen nur für »Deutsche« gelten; Betriebsräte sollen als »deutsche Patrioten« für die Interessen ihrer Belegschaften wirken.

Die Strategen der AfD verfolgen das Ziel, den »herrschenden Block« nach rechts zu öffnen und die eher liberalen und grünen Fraktionen in diesem Block zu neutralisieren. In Österreich wurde dieses Ziel mit der Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ bereits erreicht. Je mehr sich in der internationalen Politik die Konflikte zwischen dem Aufstieg neuer Weltmächte (China an erster Stelle, ein wieder erstarkendes Russland an der zweiten Stelle) und dem niedergehenden Westen (und damit der Vorherrschaft des weißen Mannes seit 500 Jahren) zuspitzen, umso mehr werden nationalistische und rassistische Anrufungen des »Volkes« die Formierung eines neuen – nach rechts offenen – konservativen Blocks begleiten.

Auch in der AfD gibt es verschiedene Strömungen, die in der Partei um die Macht kämpfen. Am rechten Rand ist die von Björn Höcke vertretene deutschnational-völkische Strömung stärker geworden. Deren Wortführer teilen zunächst einmal die Frontstellung gegen die '68er, betonen dabei, dass diese mit ihren Ideen gescheitert seien, sich angepasst und im »System« Machtpositionen errungen hätten. Aus dieser Strömung bezeichnen sich einige als »Jungfaschisten«. Sie beziehen sich dabei vorwiegend auf Traditionen im Vorfeld des italienischen Faschismus, die mit den Namen von Vilfredo Pareto und Georges Sorel verbunden sind (Deppe 1999/2016). Antibürgerliches Denken, Vernunftkritik – nicht in der Tradition von Marx und Engels, sondern von Nietzsche und Bergson – verbindet sich hier mit der Verherrlichung eines »Heroismus der Tat«, einer Ästhetisierung der Gewalt und des politischen Aktivismus, wie sie am Anfang des 20. Jahrhunderts von den Künstlern des Futurismus, von expressionistischen Schriftstellern, aber auch im anarchosyndikalistischen Flügel der südeuropäischen Arbeiterbewegung vertreten wurde. Hier wurde der irrationale »Mythos der Gewalt« (Sorel) – als Medium der Befreiung, im Generalstreik – auf die Spitze getrieben, gegen eine dekadent gewordene bürgerliche Ordnung, aber natürlich auch gegen Sozialismus und Kommunismus. In

den Schriften der »neuen Rechten« (Weiß 2011; Wagner 2017) wird immer wieder auf diese Traditionen einer »imaginären Revolte« (Steil 1984) verwiesen, die in Deutschland über Carl Schmitt und Martin Heidegger zur »konservativen Revolution«, zum Tat-Kreis und zur »Revolution von rechts« des Soziologen Hans Freyer aus dem Jahr 1931 führte. Letzterer rechnete nicht nur mit der (sozialdemokratisch-parlamentarischen) »Verbürgerlichung« der Arbeiterbewegung ab, sondern auch mit dem individualistischen Freiheitsbegriff des Liberalismus, der zugunsten der »Volksgemeinschaft« eingehegt werden müsse; die »Revolution« sei Sache der »härtesten« und »wachsten« Menschen aller politischen Richtungen. Diese »antibürgerlichen Revolutionäre« betrachteten sich als den gesunden Teil der Eliten, vor allem in der Tradition der preußischen Offiziersideale. Sie träumten kurz vor 1933 von einer Militärdiktatur, die durch eine »Querfront« von »linken Nationalsozialisten« und »rechten Gewerkschaftsführern« abgestützt werden sollte. Sie verachteten die plebejischen Elemente in der NSDAP mit Adolf Hitler an der Spitze. Dieser rächte sich immer wieder an ihnen – zuletzt mit der Hinrichtung der Verschwörer des 20. Juli 1944. Der Hitler-Attentäter Stauffenberg ist bis heute der Held eines elitären Mythos, der sich einerseits mit der Tradition der preußischen Armee, andererseits mit dem Kreis der Dichter und Denker um Stefan George verbindet (Raulff 2009).

Heute bezieht man sich unter den jungen »Neuen Rechten« wiederum auf »Sorel und den politischen Mythos« (Wagner 2017: 225ff.). Dabei erscheinen auch die Ereignisse des Jahres 1968 als Teil einer »Revolte«, in der die Kritik an der bürgerlichen Ordnung der Nachkriegszeit sich in vielfältigen Erscheinungen eines »Heroismus der Tat« artikuliert. Die Schlachten mit der Polizei im Quartier Latin, der Bau von Barrikaden, das Charisma der Führer, die Fähigkeit, Massen zu mobilisieren, die Besetzung von Universitäten und Theatern und vieles andere mehr – all das bewundern die Revolutionäre von rechts als Inszenierung ei-

nes Mythos (bzw. einer Karikatur) der Revolution.¹⁴ Dabei wird auch auf Überschneidungen zwischen der Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt aus dem Jahr 1923 und der Schrift von Johannes Agnoli und Peter Brückner (»Transformation der Demokratie«, 1967)¹⁵ auf der einen und auf den Mythos der »direkten Aktion« und Provokation in der anarchosyndikalistischen Tradition hingewiesen. Parlamentarismuskritik, Verherrlichung des spontanen Aktionismus, Bewunderung von Führern, Verachtung gegenüber dem bürgerlichen Parteiensystem, dem Recht und gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie – in vielen Feldern scheint es Berührungspunkte und Überschneidungen zwischen der radikalen Kritik von rechts oder von links zu geben. Alain de Benoist, Vordenker der Neuen Rechten, bekennt, dass er der »Idee« anhängt, die von Georges Sorel in den Mittelpunkt einer Evolutionstheorie gestellt wurde, und dass er zugleich immer wieder die Schriften der Neuen Linken studiert (Wagner 2017: 65).¹⁶

¹⁴ Als dann auch noch die Losung »Die Phantasie an die Macht« ausgegeben wurde, sprachen skeptische Bobachter von '68 als einem »Psychodrama auf den Straßen von Paris«.

¹⁵ Der von Agnoli geschriebene Teil des Buches überschneidet sich tatsächlich mit Positionen, die Pareto in einer Schrift mit dem gleichen Titel »Die Transformation der Demokratie« kurz vor seinem Tod im Jahr 1923 veröffentlicht hatte – zu einer Zeit, als er den Faschismus an der Macht unterstützte.

¹⁶ Ich hatte 2006 die Gelegenheit, in der Complutense Universität von Madrid den Politikprofessor Jorge Verstrynge kennen zu lernen. In seiner Autobiografie (Verstrynge 1999) stellt er seine Entwicklung vom Jungfaschisten über seine führende Rolle im postfrankistischen Partido Popular (an der Seite von Fraga Iribarne) bis zur PSOE dar. Als ich ihn traf, war er Berater des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE). Zu dieser Zeit arbeitete er auch für Hugo Chávez und die »bolivarische Revolution« in Venezuela. Er war über nationalbolschewistische Traditionen in Deutschland vor 1933 gut informiert, bezeichnete sich als »Marxist«, der allerdings dem Marxismus vorhält, dass er die Bedeutung der »nationalen Frage« nicht begriffen habe. Im Gespräch kam er immer wieder auf Beispiele eines »Heroismus der Tat« zurück, die er aus der faschistischen wie der kommunistischen Geschichte zitierte.

Gleichwohl verschwindet dieser oberflächliche Eindruck, sobald deutlich wird, dass die Linke für radikale Demokratie und Gleichheit, die Veränderung der Eigentumsordnung, die Entmachtung der alten Eliten, breite Volksbildung und Selbstverwaltung, internationale Solidarität, die Gleichheit der Geschlechter, Nationen und Völker eintritt und dabei für eine internationale Friedensordnung kämpft, die in letzter Instanz Armeen überflüssig machen wird. Die Rechte hingegen wird sich – selbst wenn sie zunächst Elemente jener linken Kapitalismuskritik adaptiert und sich für provokative Aktionsformen begeistern kann – niemals aus der Falle ihres elitären Denkens und seiner Bindung an die bestehenden Eigentumsverhältnisse lösen können. Sie muss am Glauben an die Ungleichheit zwischen den Menschen und den Nationen sowie an den darauf naturwüchsig begründeten Hierarchien festhalten. Schließlich muss sie ihre Ziele immer auf die nationalistische bzw. völkisch-rassistische Perspektive der »Rettung Deutschlands« und »der Deutschen« vor ihren inneren und äußeren Feinden zuspitzen.

Vielleicht gelingt es Bernd Rabehl, einige weniger gebildete Menschen bei der NPD und in der Neuen Rechten davon zu überzeugen, dass Rudi Dutschke auch ein deutschnationaler Revolutionär oder ein »Nationalbolschewik« gewesen sei, der die Wiedervereinigung Deutschlands durch eine gemeinsame Revolution der west- und ostdeutschen Arbeiterklasse erreichen wollte. Auch sein Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und gegen den »realen Sozialismus« könnte in ein rechtes Weltbild gut passen. Dennoch werden etwas Klügere schnell bemerken, dass sich jede rechte Gruppe diskreditiert, die mit masochistisch-egomanen Aufschneidern wie Bernd Rabehl oder Horst Mahler für rechtsradikale Ziele wirbt. Es reicht schon ein Blick auf die Szenerie des internationalen Vietnam-Kongresses vom Februar 1967, um die Mär vom Deutschnationalen Rudi Dutschke zu widerlegen. Außerdem sollten die Jungfaschisten wissen, dass es noch niemals gelungen ist, niedergehende Formationen und Staaten, die sich

im Zustand der wohlhabenden Dekadenz befinden (z.B. im alten Rom oder in der Schweiz), mit einer »Revolution von rechts« dauerhaft zu revitalisieren. Als im Jahr 2007 ein »Unsichtbares Komitee« in Frankreich eine Schrift mit dem Titel »Der Kommende Aufstand« veröffentlichte, wurde der Text von Autonomen und Anarchisten, sicher auch von Jungfaschisten aufgeregt zur Kenntnis genommen und die politische Polizei fahndete nach den Autoren. Nach mehr als einem Jahrzehnt warten die Philosophen des Komitees, die sich wahrscheinlich als radikale Poststrukturalisten bezeichnen würden, noch immer auf den Aufstand. Dazu hatte schon der junge Marx das Nötige geschrieben: »Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich zum Gedanken drängen... Die Revolutionen bedürfen nämlich eines passiven Elements, einer materiellen Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist.« (MEW 1: 386)

3.3 Klasse oder Multitude?

Innerhalb der globalen Linken gibt es Denker, die das Jahr 1968 als einen epochalen Wendepunkt betrachten und sich selbst einer antikapitalistischen Strömung zuordnen, die eine ganz neue Perspektive für die »Idee des Kommunismus« (Badiou/Žižek 2009) mit sich trägt. Die prominentesten Vertreter einer postoperaistischen oder poststrukturalistischen Strömung sind der Italiener Toni Negri, der französische Philosoph Alain Badiou und der slowenische Psychoanalytiker Slavoj Žižek. Von ihnen wird das Ende der Arbeiterbewegung mit ihren Parteien und Gewerkschaften, die einen reformistischen Kampf um die Transformation des Staates führen, verkündet. Das Subjekt, das das neue Denken umsetzen soll, ist nicht mehr eine soziale Klasse, sondern die »Multitude«, eine Bewegung der mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen unzu-

friedenen Individuen. Die Botschaften, die Toni Negri zusammen mit Michael Hardt in dem Bestseller »Empire« (2000) verkündete, wurden vor allem in der globalisierungskritischen Bewegung aufgenommen, die um die Jahrhundertwende – nach Seattle und Porto Alegre – einen Aufschwung erlebte. Das Trio Negri, Badiou und Žižek reiste durch die gesamte Welt, um vor überfüllten Universitätshörsälen die abschließenden Sätze von »Empire« zu erläutern: »In der Postmoderne befinden wir uns wieder in der gleichen Situation wie Franz von Assisi und wir setzen dem Elend der Macht die Freude am Sein entgegen. Diese Revolution wird keine Macht kontrollieren können – weil Biomacht und Kommunismus, Kooperation und Revolution in Liebe, Einfachheit und auch in Unschuld vereint bleiben. Darin zeigen sich die nicht zu unterdrückende Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein.« (Hardt/Negri 2002: 420) »Kommunist sein« bedeutet für Negri, »eine neue Welt zu schaffen, in der es keine kapitalistische Ausbeutung und Unterwerfung unter den Staat geben wird« (in Badiou/Žižek 2009: 223). Selbst im Exzellenzcluster feinsten Universitäten wurde es schick, diese Leichtigkeit nachzuempfinden. Immerhin sind wir – so Negri – »von unserem Konstantinismus befreit, vom Stalinismus, vom Gusto zur Macht. Kommunistisch sind wir heute als Singularitäten« (Negri/Scelsi 2009: 25), nicht als »Parteisoldaten«. Für Badiou ist »Kommunismus ... eine strategische Idee, die von der hegemonialen kapitalistischen Struktur abgekoppelt ist«. Ein »riesiges »Wanderproletariat« im globalen Kapitalismus »bildet die virtuelle Avantgarde der gigantischen Masse von Menschen, deren Leben in der Welt, wie sie heute ist, nichts zählt«. Dazu gibt es viele Intellektuelle, die für das »neue Denken« bereit sind. Sie »müssten sich mit dem Wanderproletariat verbinden«. Sie müssen aber bereit sein, »das Interesse am Staat, jedenfalls am Staat, so wie er ist, zu reduzieren. Wir sollten nicht mehr wählen gehen!« (Badiou 2016: 62, 60)

Für Negri endet das »kurze 20. Jahrhundert« nicht mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sondern mit 1968. Das Jahr